waren die heutigen Führer — die Arbeiterkammern mit zum Scheitern gebracht, indem sie dieselben als unannehmbar verwarfen; sie waren es, die immer von vorneherein jeden Reformvorschlag, der von anderer Seite ausging, als Schwindel oder als unbrauchbare Halbheit erklärten, um jedesmal eine Fluth von Beschimpfungen gegen Diejenigen loslassen zu können, welche sich die Freiheit nahmen, ehrliche, selbstlose Arbeiterfreunde zu sein, ohne sich der socialdemokratischen Phrase zu ergeben.

Unsere Arbeiterführer haben ja oft genug erklärt, daß es ihnen nur um den Classenkampf, um die rohe Wahlbarbeit zu thun ist; auch das allgemeine gleiche Wahlrecht ist ihnen Hekuba, wenn es ihnen nicht als Mittel zur Verhetzung der Massen in noch größerem Stile als bisher dienen kann. Was muß dieses Recht aber den Arbeitern als Classe, den wirklichen Arbeitern sein? Die Erfüllung einer Rechtsforderung, die sie als lastentragende Staatsbürger stellen und die zugleich ein Ausfluß des modernen Rechtsbewußtseins aller Gebildeten ist; das Wahlrecht muß ihnen ferner die Möglichkeit gewähren, an der Gesetzgebung, die in die Interessen aller Staatsbürger eingreift, mitzuwirken und die eigenen Classeninteressen dabei zur Geltung zu bringen. Das politische Wahlrecht ist ein Zeugniß der Mündigkeit, der Reife, denn es setzt bei den Wählern auch ein Pflichtbewußtsein voraus, das Bewußtsein nämlich, einem gemeinsamen Ganzen anzugehören und für dessen Wohlfahrt mit thätig zu sein.

Die Führer, welche die Arbeiter dazu mißbrauchen, andere Staatsbürger an der Ausübung ihrer politischen Rechte zu hindern, Gewalt an die Stelle des Rechtes zu setzen, leisten daher den Arbeitern den schlimmsten Dienst: sie ermuthigen die Reaction, welche nach solchen Vorgängen die Arbeiter für unreif erklärt, selbst politische Rechte auszuüben; sie zerstören weiter das Rechtsgefühl der Arbeiter in seinen Wurzeln und reißen damit das letzte Band entzwei, welches die Armen und Enterbten mit der bürgerlichen Gesellschaft und mit dem Staate, die allein eine bessere Zukunft für sie verbürgen, verknüpft. Wann werden die Arbeiter, muß man fragen, den Muth und die Entschlossenheit finden, das Netz der Verführung zu zerreißen, in welchem ehrgeizige Führer und Fanatiker sie heute umgarnt halten?

Bürgermeister Dr. Prix.

Wien, 4. November.

Die Entscheidung in der Bürgermeisterkrise ist gefallen. Nach dem Verlaufe der heute Abends abgehaltenen Sitzung der Fortschrittspartei im Wiener Gemeinderathe, über die wir an anderer Stelle berichten, ist mit vollster Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß Herr Dr. Johann Nepomuk Prix am kommenden Freitag abermals — zum drittenmale — zum Bürgermeister der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien ernählt werden wird.

Es ist eine hohe Ehre, auf diesen Posten berufen zu werden, und Herr Dr. Prix muß nach der Anschauung seiner Anhänger in ganz besonderem Grade die Eignung für die Ehrenstelle an der Spitze dieses großen Gemeinwesens besitzen, wenn er nun schon zum drittenmale für würdig erachtet wird, sie einzunehmen.

Die diesmalige Wahl des Dr. Prix erfolgt unter wesentlich anderen Verhältnissen, als seine Berufung im April 1891. Es war damals ein denkwürdiger Augenblick, als 96 Anhänger des Fortschritts geschlossen für den Mann ihrer Wahl eintraten und ihn zum ersten Bürgermeister von Groß-Wien machten. Gewaltige Aufgaben lagen vor dem Neugewählten; mit frohen Hoffnungen aber sah man auf ihn, den „eisernen" Mann, und ihm gelang es denn auch, sie zu bewältigen. Die Verdienste, die Dr. Prix sich in den letzten zweiundeinhalb Jahren seiner Amtsführung um Wien, um die Ueberleitung des großen Organismus der Stadtverwaltung aus den alten, verhältnißmäßig kleinen, in die großen neuen Verhältnisse erworben, sind unbestritten; sie werden ihm bleiben trotz aller Fehler und Mängel, die ihm und dem Werke, das größtentheils sein Werk ist, anhaften; sie werden ihm bleiben trotz aller Verunglimpfungen seitens einer nie sachlich urtheilenden gehässigen Opposition . . .

Und doch mußte Dr. Prix abtreten. Er fiel nicht, weil er seinen Aufgaben nicht gewachsen war, er fiel nicht über eine wichtige Principienfrage, die ihn von seinen Parteigenossen trennte, er fiel nicht unter dem Ansturm seiner haßerfüllten Gegner, er — stolperte über eine Nichtigkeit, über einen Formfehler. Die Ursachen seines Sturzes lagen aber tiefer, und wir wünschen und hoffen, daß der als-neue Bürgermeister, daß aber auch seine Partei, soweit sie noch besteht, diese Ursachen voll und ganz erfaßt haben, um neue Mißverständnisse, neuen Zwiespalt zu vermeiden.

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Wiederwahl des Dr. Prix zum Bürgermeister neue Stürme in der Gemeindestube entfesseln wird. Die Führer der Opposition hat sie in flammenden Worten angekündigt, und man darf ihm diesmal glauben; denn seine Ohnmacht wird von seinem Haß gegen Dr. Prix übertroffen. Das hätte aber nichts Beängstigendes, wenn nicht der mißliche Umstand hinzuträte, daß die Majorität bedenklich abgebröckelt ist. Nachdem vier Mandate an die Antiliberalen verloren gegangen, löst sich nun auch noch ein Bruchtheil von der Partei ab, um eigene Wege zu gehen. Das hat seine Ursachen theils in der von allem Anfang an mangelnden Einheit der Anschauungen, theils in verletzter Eitelkeit oder ungestillitem Ehrgeiz, theils aber auch in den vom früheren und nun wieder auf den Schild gehobenen Bürgermeister gemachten Fehlern. Einzelne jener Eigenschaften, die ihn befähigten, die Riesenarbeit, die vor ihm lag, zu bewältigen, haben ihn auch bei den eigenen Parteigenossen in Mißcredit gebracht. Er verstand es nicht, im Kleinen sich nachgiebig zu zeigen, um in großen Fragen eine geschlossene Truppe hinter sich zu haben. Gleicher Vorwurf trifft aber auch die Partei; auch sie wußte nicht Maß zu halten, sie nörgelte oft in kleinlichster Weise an dem Manne herum, der Großes geleistet, und der noch schwere Aufgaben vor sich hatte.

Das gegenseitige Mißbehagen, das sich daraus ergab, der Mangel an Vertrauen beiderseits schädigte nach beiden Seiten hin — das brachte Dr. Prix um die nöthige Autorität und das brachte die Partei um ihre Kraft und Macht.

Die Geschichte dieser Bürgermeisterkrisis und dieser Bürgermeisterwahl ist ein böses Anzeichen der Schwächung und Lockerung der großen Partei, welcher der maßgebende Einfluß auf die Stadtverwaltung zukommt. Sie wäre in ihrem heutigen Zustande kaum mehr befähigt, neue derartige Krisen zu überdauern. Das müssen sich beide Theile merken — der neue Bürgermeister und die verkleinerte Partei. Der heutige Abend hat hoffentlich, wenn er nicht völlige Uebereinstimmung brachte, doch ein gesünderes Verhältniß angebahnt. An Herrn Dr. Prix ist es, darauf weiter zu bauen. Er muß mehr, als er es bisher that, berechtigten Wünschen und selbst solchen, die ihm kleinlich dünken, entgegenkommen, wenn es ohne Schaden für die Gemeinde geschehen kann; er muß herabsteigen von der Höhe seines Ehrensitzes und mit seiner Partei enge Fühlung nehmen und halten. Er muß sich muthiger zeigen als bisher bei manchen Gelegenheiten, da er oft gerade in Augenblicken der größten Gefahr nicht zu sehen war. Er muß mit dem Princip brechen, alle Dinge an sich herankommen zu lassen oder Unangenehmem so lange als möglich aus dem Wege zu gehen, und mit voller Offenheit und Männlichkeit sich in die Bresche werfen, wo der Feind vorzugehen droht. Er ist das der Partei schuldig, die hinter ihm steht. Wir freuen uns, daß Dr. Prix heute Abends ein bündiges Versprechen an seine Partei abgegeben hat, das eine Besserung des gegenseitigen Verhältnisses mit Recht erhoffen läßt.

Der Fortschrittspartei des Gemeinderathes aber erwächst nun die Pflicht, weniger persönliche Politik zu treiben, unter allen Umständen über die Ambitionen der Einzelnen die große Sache zu stellen, der sie zu dienen hat. Nur im innigsten Einvernehmen und Zusammenstehen des Erwählten und seiner Wähler, nur mit dem vollsten gegenseitigen Vertrauen wird es möglich sein, das Wohl dieser Stadt zu fördern und allen Stürmen zu trotzen, die unausweichlich sind. Die Partei muß beweisen, daß sie den Mann zu stützen und eventuell auch zu schützen weiß gegen die Roheiten seiner und ihrer Gegner; der Erwählte aber, der mehr als bisher seinen Stuhl als einen Sorgenstuhl wird betrachten können, muß das Seinige dazu beitragen, daß ihm Stütze und Schutz nicht erzwungen, sondern freiwillig und aus vollem Herzen entgegengebracht werden. Nur wenn dies der Fall ist, erwarten wir Gutes von der „zweiten Aera Prix", die unter schwierigen Verhältnissen ihren Anfang nimmt. Nichts Geringeres als der Bestand der fortschrittlichen Partei im Rathhause hängt davon ab, daß sich ein festes Bündniß, ein herzliches Verhältniß zwischen dem Bürgermeister und seiner noch immer genug zahlreichen Partei herausbilden. Das wird aber nur möglich sein, wenn beide Theile ihre Fehler einsehen und — sich zu bessern trachten. Daß es so komme, wünschen wir aufrichtig im Interesse der fortschrittlichen Sache, im Interesse der Wohlfahrt der Bürgerschaft dieser Stadt.

Inland.

Wien, 4. November.

Fürst Alfred Windischgrätz.

Sein Lebensgang.

Fürst Alfred Windischgrätz, Haupt des aus Steiermark stammenden Adelsgeschlechtes der Windischgrätz. Zu den Angehörigen desselben gehörten hervorragende Feldherren und tapfere Krieger. Der Großvater des Fürsten war der Feldmarschall Windischgrätz, der Commandant der kaiserlichen Truppen im Jahre 1848; der Vater, gleichfalls Fürst Alfred, hatte sich 1848 und 1849, sowie 1866 ausgezeichnet und war bei Königgrätz durch zwei Lanzenstiche und durch einen Schuß in den Unterleib schwer verwundet worden. Fürst Alfred, der jetzige Cabinetschef, ist des Letztgenannten einziger Sohn und wurde am 31. October 1851 zu Prag geboren, ist also 42 Jahre alt. Nach Absolvirung der Gymnasialstudien bezog er im Jahre 1869 die Universität Bonn, 1871 die Prager, und wurde hier 1877 Doctor sämmtlicher Rechte. Fürst Windischgrätz hatte sich zur Vertheidigung das Problem „Ueber die rechtliche Natur der Stammgüter" gewählt. Ein Jahr vorher, 1876, war er in Folge des Todes seines Vaters erbliches Mitglied des Herrenhauses geworden, und 1883 wurde er ständiges Mitglied des Reichsgerichtes. In den böhmischen Landtag wurde er 1883 vom fideicommissarischen Großgrundbesitz gewählt, und gehört ihm seither als Vertreter der feudalen Adelspartei ununterbrochen an. Seine erste größere Rede hielt er im Landtage gelegentlich des Rieger'schen Wahlreform-Antrages 1883. Als Dr. Herbst 1884 den Antrag auf nationale Abgrenzung der Bezirke im Landtage einbrachte, bekämpfte Fürst Windischgrätz diesen Antrag. Nach dem Abschluß der Wiener Vereinbarungen vom 19. Januar 1890 stellte sich Fürst Windischgrätz voll und ganz auf den Boden dieser Vereinbarungen. Als sie im Mai 1890 vor den Landtag kamen, wurde er Obmann der Ausgleichscommission. Im Plenum selbst ergriff er zur Theilung des Landesschulrathes das Wort und sagte: „Als uns die Punctationen am 26. Januar l. J. vorgelegt wurden, haben wir denselben voll und ganz beigestimmt, wir haben unser Wort für die Durchführung der vereinbarten Ausgleichspunctationen verpfändet. Indem wir dies thaten, waren wir uns wohl bewußt der großen Bedeutung, die der Beschluß für uns hatte." — Auch in der Debatte über die Landesculturrathsvorlage ergriff Fürst Windischgrätz das Wort. Nach der Sanctionirung der Vorlage nahm Fürst Windischgrätz regen Antheil an der Constituirung der neuen Körperschaft. Als Delegirter des Bezirkes Tachau erschien er am 18. November 1891 zu der Vorberathung der deutschen Delegirten im deutschen Casino, wo er unter Anderem sagte, daß er sich zur Ehre anrechne, als Delegirter gewählt worden zu sein und als Mitglied der deutschen Section anzugehören. Im frischer Erinnerung ist es noch, welche Haltung Fürst Windischgrätz einnahm, als die Abgeordneten des Großgrundbesitzes sich für die Vertagung der Fortsetzung des Ausgleichswerkes erklärten. Er war der Führer der nach ihm benannten Gruppe, die für die Fortsetzung des Ausgleiches eintrat. Seit Jahren gehört Fürst Windischgrätz der österreichischen Delegation an und heuer war er Präsident derselben. Ebenso fungirt er als zweiter Vicepräsident des Herrenhauses. Seit 1884 ist er Ritter des Ordens vom goldenen Vließ. Fürst Windischgrätz ist Erblandstallmeister im Herzogthum Steiermark, erbliches Mitglied der Ersten Kammer im Königreiche Württemberg, k.k. Oberlieutenant, Ehrenritter des Deutschen Ordens. Er besitzt in Böhmen die fideicommißherrschaft Kladrau (bei Mies) und die Allodialherrschaften Stiekna (bei Strakonitz) und Tachau, ferner die Herrschaften Horlathlöke in Ungarn, Rohitsch in Steiermark und Egloffs in Württemberg. Vermält ist Fürst Alfred Windischgrätz seit 1877 mit Prinzessin Gabriele Auersperg, Tochter des Fürsten Vincenz Auersperg (Vetter des gewesenen Ministerpräsidenten Fürsten Carlos Auersperg) und der Prinzessin Wilhelmine, geborene Gräfin von Colloredo-Mansfeld. Dieser Ehe entstammen fünf Kinder: Erbprinz Vincenz Windischgrätz und vier Töchter.

Die Wandlungen des Ministeriums Taaffe.

Die nachfolgende kleine Zusammenstellung ist vielleicht heute, da wir dem Ende des Cabinets Taaffe unmittelbar gegenüberstehen und dessen Amtsdauer wohl kaum die nächste Woche überschreiten dürfte, vielleicht nicht ohne Interesse. Von den ursprünglichen Mitgliedern des Cabinets Taaffe gehören diesem heute nur noch zwei Männer an: Graf Taaffe und Graf Falkenhayn. Dagegen hat, die interimistischen „Leiter" mitgezählt, das Ministerium verbraucht: 4 Finanzminister (Chertel, Kriegsau, Dunajewski, Steinbach), 4 Justizminister (Stremayr, Streit, Prazak, Schönborn), 2 Landesvertheidigungsminister (Horst und Welserheimb), 5 Handelsminister (Korb-Weidenheim, Kremer, Pino, Puswald, Bacquehem), 3 Unterrichtsminister (Stremayr, der in der ersten Zeit neben dem Justizministerium noch das des Cultus leitete, Conrad, Gautsch), 2 galizische Minister (Ziemialkowski und Zaleski) und einen (deutschen) Minister ohne Portefeuille, Kuenburg, ferner einen böhmischen Minister, Baron Prazak. Der Ministerverbrauch war also im Lauf von 14½ Jahren kein übertrieben großer. Das classische Land der kurzlebigen Minister ist bekanntlich Frankreich; am stärksten wechselt dort das Ministerium des Innern. Im Juni 1790 errichtet, hat es im Laufe von 103 Jahren circa 130 Inhaber gehabt!

Als politisch bedeutsam wäre vielleicht noch hervorzuheben, daß sämmtliche derzeit in Oesterreich fungirende Statthalter und Landespräsidenten vom Grafen Taaffe ernannt, beziehungsweise zur Ernennung vorgeschlagen wurden, auch Baron Kübeck, der Senior unserer politischen Beamten, der unter dem Ministerium Potocki ernannt wurde, zur Zeit, da Graf Taaffe Minister des Innern war.

Wien, 4. November. (Kundgebungen.) Die Gemeindevertretung der Stadt Gratzen und die Vertretung der Stadt Neubistritz haben in einhellig gefaßten Resolutionen gegen die Wahlreform-Vorlage der Regierung Stellung genommen. Sie erblicken in derselben eine Schädigung des politischen Einflusses des Bürger- und Bauernstandes, insbesondere aber das Bestreben, den stets loyalen und reichstreuen deutschen Mittelstand von jeder Vertretung im Parlament auszuschließen. Die in der Deutschen Linken vereinigten bewährten Vertreter des deutschen Volkes werden dringend ersucht, gegen diese Wahlreform-Vorlage entschieden Stellung zu nehmen. Dabei sei aber der Arbeiterschaft eine entsprechende Vertretung eingeräumt. Diese beiden Kundgebungen, sowie eine seitens der Stadtvertretung von Hohenfurth gegen die Wahlreform des Grafen Taaffe gefaßte Resolution wurden dem Abgeordneten Dr. Nitsche mit dem Ersuchen übersendet, dieselben der Parteileitung der Vereinigten Deutschen Linken zur Kenntniß zu bringen. Ein im selben Sinne lautender Beschluß des Gemeindeausschusses der Marktgemeinde Pottenstein wurde an den Abgeordneten Marchet übersendet.

Wien, 4. November. (Zur Wahl in die Brünner Handels- und Gewerbekammer.) Der von tschechischer Seite veröffentlichte Wahlaufruf für die Wahl in die Brünner Handelskammer ist von 130 Personen, darunter 14 Kaufleuten, 15 Gewerbetreibenden und 4 „Fabrikanten" unterzeichnet. Die übrigen Unterschriften kommen von 46 Advocaten, 8 Notaren, 5 Advocaturscorrespondenten, 1 Geistlichen, 9 Aerzten und 17 Gemeinde-

---

Witze vergnügt. So ist es dichterisch nichts, aber wird eben durch diesen Geist theatralisch, der von dem Hörer keine Erhebung, keinen Ernst, keine innere Würde verlangt und der Menge immer nur ihre gewohnte eigene Weise gibt.

Theatralisch, an Mache, ist es vortrefflich, ein Muster in der Führung der Motive, von vollkommener und reiner Arbeit, ohne Rest und Tadel, und es weiß einige Male sogar mit seiner und glücklicher Rechnung freie Stellen zu lassen, wohin Schauspieler, wenn sie sie in sich haben, Poesie tragen können. So kann es durch Darstellung, welche aus Eigenem diese wissentlich gestellten Lücken füllt, beinahe an einen literarischen Schein gehoben werden. Das geschah in Berlin durch Kainz, welcher dort den König Astolf, und Fräulein Retty, welche die Rita gab; Beide brachten, was dem klugen Autor fehlt, den Adel des Gedichtes: jener immer Märchenprinz in jeder Geberde, diese (die ich, da ich sie in keiner anderen Rolle sah, sonst nicht schätzen kann) mit einem milden, stillen und romantischen Reize der lieb verstaunten Miene, der gleich alles Weltliche bannt und in Träume leitet. Hier trifft das nur die Sandrock: sie scheint, was dem Stücke zur Dichtung fehlt, zu errathen, und von ihren Blicken, aus ihren Gesten huscht Dornröschen in den Saal. Wenn sie kommt, thauen heimliche Wunder aus den Versen auf, und Nüchternes wird an ihren Lippen Melodie von [illegible]. Aber sie sollte die Gnaden ihrer königlichen [illegible] so Nichtiges und Leeres wie diese Maddalena nicht verschwenden, die müßig neben der Handlung läuft und durch das schönste R nicht zu „erretten" ist. Herr Tyrolt hat den Ton im ersten Acte; vom zweiten ab wird er Operette. Herrn Kutschera macht seine beste Gabe gerade, die gesunde Männlichkeit, das Robuste, der Geruch nach Erde versagen; aber er sieht prächtig aus und spricht vortrefflich. Frau Odilon ist keine Rita. Man kann ihr das „Kind" nicht glauben, und sie hat keine Poesie. An ihrem Talent wird Niemand zweifeln, und sie kann Manches, aber sie bleibt stets die zappelige Berliner Soubrette. Was Routine, Verstand und Geschmack gegen die Natur ertrotzen kann, gibt sie mit Eifer, aber den Sinn der lieblichen Gestalt hätte doch eher noch Fräulein Hausner vermocht. Der ungeheure, lange, leidenschaftliche Jubel, der Hermann Tewele empfing, mag die Direction oder das Secretariat aber wer sonst jetzt gerade im Volkstheater an der Herrschaft ist, lehren, solche Scherze, die zu behaupten sie doch die Autorität nicht hat, künftig lieber bescheiden zu lassen.

Hermann Bahr.